

13. März 2001

NÖ Landesregierung fordert:

EVN-Anteile nicht an Atomstromproduzenten verkaufen!

„Die NÖ Landesregierung tritt jedem Versuch entschlossen entgegen, ausländischen Atomstromproduzenten (wie zum Beispiel EdF oder E.ON) Einfluss auf die niederösterreichische Energiepolitik zu gewähren oder ihre erklärte Anti-Atompolitik zu unterlaufen, und fordert die Bundesregierung auf, diese bisher auch von ihr vertretene Linie beizubehalten.“ So steht es in einem Beschluss, den die Landesregierung bei der heutigen Sitzung im Zusammenhang mit der Absicht der Verbundgruppe, ihre Aktienanteile an der EVN-AG zu veräußern, fasste. Die Landesregierung verweist auf den Beschluss der Landeshauptleute- und Landesfinanzreferentenkonferenz vom 17. Februar, bei der Gespräche zwischen den Bundesministern für Finanzen und für Arbeit und Wirtschaft und den Ländervertretern vereinbart wurden, um ein Zustandekommen einer österreichischen Energielösung zu ermöglichen und damit die Verfügbarkeit über Wasserkraft und Strom in österreichischem Eigentum zu erhalten. Die Bundesregierung wird als Vertreterin des Mehrheitsaktionärs der Verbundgesellschaft aufgefordert, ihren Einfluss in den Organen der Verbundgesellschaft geltend zu machen, dass ein Verkauf der Verbundanteile an der EVN-AG an einen ausländischen Atomstrom-Produzenten verhindert wird und statt dessen – unter Wahrung der Interessen der anderen Aktionäre – eine österreichische Verkaufslösung zustande kommt.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at